

Grenzsicherheit und Einwanderungsreform

Die hitzige Debatte um ein neues Einwanderungsgesetz machte die Brisanz und die Schwierigkeiten deutlich, die eine umfassende Gesetzgebung bezüglich dieser Materie mit sich bringt. Zwar wurde der Senatsvorschlag zum Einwanderungsgesetz nicht verabschiedet, doch besteht weiterhin Konsens darüber, dass eine Reform dringend benötigt wird. Eine Veranstaltung der Heritage Foundation widmete sich diesem Thema.

Ein einziger, umfassender Gesetzentwurf könne das Einwanderungsproblem nicht lösen. Der Kongress und die Regierung sollten stattdessen eine schrittweise Strategie verfolgen. Der texanische Abgeordnete Lamar Smith, ranghöchstes republikanisches Mitglied des Committee on the Judiciary, legte in seinem Vortrag den Grundsatz, „Grenzsicherheit ist nationale Sicherheit“ dar. Er betonte, dass Immigration ein kontroverses Thema sei, da es Einfluss auf die Wirtschaft, die Kultur und die Zukunft der USA ausübe. Deshalb solle eine rationale Herangehensweise gewählt werden, bei der „besser die kalte Wahrheit, als eine komfortable Fantasie“ als Leitlinie diene. Die Geschichte der USA sei von Einwanderung geprägt und die Generosität, welche bisher gewährleistet worden sei, solle weiter bestehen. Allerdings müsse verstanden werden, dass Menschen in die USA drängten, die dem Land Schaden zufügen wollten. Die USA seien das freieste und reichste Land der Welt und daher sei der Wunsch von Immigranten, in den USA zu leben, zu verstehen. Die USA hätten durch Immigration viel profitiert. Ein Unterschied müsse aber gezogen werden zwischen legaler und illegaler Einwanderung. Die USA könnten nicht alle Menschen beherbergen, selbst wenn die meisten der illegalen Einwanderer hart arbeitende, anstän-

dige Menschen seien. Jede Nation müsse wissen, wer ins Land komme, wie und warum. Illegale Einwanderung habe die Löhne der Bürger und legalen Einwanderer gedrückt und zu erhöhter Arbeitslosigkeit geführt. Hierbei seien vor allem die gering qualifizierten legalen Arbeitskräfte Opfer einer „durchlässigen“ Grenze. Weitere Probleme umfassten die Gesundheitsfürsorge, Einkommenssteuer und Sozialversicherung. In allen Bereichen müssten die legalen Einwanderer und Bürger „den Deckel bezahlen“.

Abgeordneter Smith betonte außerdem, dass 10% der Geburten in den USA von illegalen Einwanderern kämen. Das automatische Zusichern der Staatsbürgerschaft für Kinder, die in den USA geboren werden, sei in einer falschen Interpretation des 14. Verfassungszusatzes begründet. Dieser hätte den Fokus auf die befreiten Sklaven nach Ende des Bürgerkrieges gehabt und beziehe sich nicht auf illegale Einwanderer. Der Kongress hat aus drei Gründen die Befugnis und die Verantwortung zu handeln: (1) Es gebe keine Entscheidung des höchsten Gerichts zu diesem Thema, (2) die Verfassung ordne dem Kongress die Befugnis über Entscheidungen bezüglich der nationalen Einwanderungspolitik zu, (3) der Autor des Verfassungszusatzes von 1866 habe hervorgehoben, dass das Gesetz keine Anwendung bei Kindern von Ausländern finde.

Den über 12 Millionen illegalen Einwanderern Amnestie zu gewähren, sende die falschen Signale an legale Einwanderer und ermutige Terroristen und weitere illegale ins Land zu kommen. Ein Gastarbeiterprogramm, ein anderer Vorschlag während der Einwanderungsdebatte, hätte ebenfalls negative Folgen. Ein solches Programm könne

nur funktionieren, wenn es eine nationale Datenbank für ausländische Arbeitskräfte geben würde. Die Einrichtung eines solchen Systems dauerte aber zu lange. Auch würden Gastarbeiterprogramme Schlupflöcher für Terroristen bieten.

Im Jahr 2005 seien nur vier Strafen gegen Firmen, die illegale Arbeitskräfte eingestellt hätten, verhängt worden. Dies sei ein klares Indiz dafür, dass Immigrationsgesetze nicht vollstreckt würden. Eine Vollstreckung der schon bestehenden Einwanderungsgesetze würde einer Reform gleichkommen. Wären die Gesetze durchgesetzt worden, hätte es keine Einwanderungskrise gegeben und somit auch keinen Ruf nach Amnestie.

Dr. Matthew Spalding, Direktor des B. Kenneth Simon Center for American Studies der Heritage Foundation, forderte ebenfalls eine neue Strategie. Die umfassende Reform sei aus drei Gründen fehlgeschlagen: (1) der Mangel der Regierung an Glaubwürdigkeit, (2) die Gesetzesinitiative sei unter dem eigenen Gewicht zusammengebrochen, (3) der Gesetzentwurf beinhaltete Amnestie. Die Debatte habe einen falschen Ansatz getroffen. Eine „alles-oder-gar-nichts“-Wahrnehmung (Amnestie oder gewaltige Deportation) habe vorgeherrscht und zum Scheitern der Reform geführt.

Spalding unterstrich, dass die Durchsetzung schon bestehender Gesetze Anreize und somit das Verhalten illegaler und potentieller illegaler Einwanderer verändern würde. Hierdurch könne die Masse der illegalen Einwanderer über Zeit verringert werden. Um diese Idee („Madisonian solution“) umzusetzen, seien vier Schritte notwendig: (1) Durchsetzung der Gesetze, (2) Kontrolle der Grenzen, (3) Betonung legaler Immigration, (4) Schaffung von flexiblen legalen Alternativen für Arbeitssuchende. Spalding stimmte Smith zu, dass kein umfassendes, einzelnes Gesetz benötigt werde.

William Beach, Direktor des Center for Data Analysis der Heritage Foundation, präsentierte das Resultat einer Simulation. Diese Simulation stellte die Frage, welchen Effekt eine Reduzierung der illegalen Arbeitskräfte um 50% und ein Stopp des Zuwanderungs-

stroms um 60% auf die US-Wirtschaft habe. Das Resultat seien wirtschaftliche Veränderungen, wie geringere Arbeitslosigkeit und höhere Löhne. Diese positiven Auswirkungen seien aber nur kurzfristig. Um langfristig eine positive Entwicklung zu erzielen, müssten zum Beispiel mehr Visa ausgestellt werden oder ein Zeitarbeiterprogramm geschaffen werden. Die langfristigen Probleme hätten ihre Wurzeln vor allem in einem Abfallen der Kosumnachfrage und in der Annahme, dass nicht alle illegalen Arbeitskräfte durch legale ersetzt werden würden. Einfach den Zustrom von illegalen Einwanderer zu unterbinden und die schon ansässigen illegalen Arbeitskräfte auszugrenzen, sei keine Lösung des Problems.

Jim Roberts, Research Fellow for Economic Freedom and Growth bei der Heritage Foundation, betonte die Notwendigkeit der Ratifikation von Freihandelsabkommen mit Ländern der südlichen Hemisphäre durch den Kongress. Die Ausbreitung von Handel bringe positive Effekte für alle beteiligten Länder. Hierbei stellte er Beobachtungen bezüglich der wirtschaftlichen Freiheit in den Ländern Mittel- und Südamerikas an.

DATUM PRÜFEN